

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Orsrates Mainzweiler, am 09.03.2016, 18:00 Uhr, im Schulungsraum des Feuerwehrgerätehauses Stegbachstraße, Mainzweiler

Anwesend waren:

A) Als Vorsitzender:

1. Herr Udo Zägel

B) Die Mitglieder:

2. Herr Stefan Dörrenbächer
3. Herr Hartmut Keipert
4. Herr Marco Machalitzky
5. Frau Insa Meiser
6. Herr Johannes Schmitt
7. Herr Achim Wagmann
8. Frau Nicole Wälder

Es fehlte entschuldigt:

9. Herr Uwe Meiser

C) Von der Verwaltung

1. Herr Helmut Ries
2. Frau Inge Herz
3. Herr Gerhard Schmidt
4. Frau Christraud Parnisari als Schriftführerin

Der Ortsvorsteher eröffnet die 1. Sitzung des Orsrates des Ortsteiles Mainzweiler im Jahre 2016. Er begrüßt die Ortsratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, das Stadtratsmitglied Elke Walgenbach, die anwesenden Zuhörer sowie Herrn Bier von der Saarbrücker Zeitung.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Bedenken erhoben. Unter Bezugnahme auf §§44 (1) und 74 Ziffer 9 KSVG wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Wünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

TAGESORDNUNG

A) Öffentliche Sitzung

1. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2015 - öffentliche Sitzung
2. Stellungnahme des Ortsrates zum Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019
Vorlage: Amt 20/001/2016
3. Maßnahmen zur Straßeninstandsetzung
4. Farbgestaltung der Stützmauer Hauptstraße/Einmündung Stegbachstraße; Antrag der CDU-Fraktion
5. Erweiterung der Urnenstelenanlage auf dem Friedhof Mainzweiler; Antrag der CDU-Fraktion
6. Mitteilungen und Anfragen
- 6.1. "Land(auf)Schwung" für die Zukunft in ländlichen Regionen
Vorlage: Amt 61/009/2016
7. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

1. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2015 - nicht öffentliche Sitzung
2. Verlängerung des Mietvertrages für eine Fahrzeughalle im Feuerwehrgerätehaus Mainzweiler - Vorlage: Amt 60/006/2016
3. Mitteilungen und Anfragen

Verhandelt zu Mainzweiler am 09.03.2016

A) Öffentliche Sitzung

TOP 1	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2015 - öffentliche Sitzung
--------------	--

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Ortsratssitzung am 12.11.2015 – öffentliche Sitzung – werden keine Einwände erhoben.

TOP 2	Stellungnahme des Ortsrates zum Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019 - Vorlage: Amt 20/001/2016
--------------	--

Sachverhalt:

Nach den Vorschriften des § 90 KSVG in Verbindung mit § 9 KommHVO ist der städtischen Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen.

Eine Grundlage der Ergebnis- und Finanzplanung ist das durch den Stadtrat zu beschließende, jährlich der Entwicklung anzupassende Investitionsprogramm. Bezüglich der Ansätze für Investitionen im Haushaltsjahr 2016 stellt es die konkrete Basis dar.

Der Entwurf des Investitionsprogramms für den Zeitraum 2015 bis 2019 ist als **Anlage 1** beigefügt. Bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms sind, auf das Jahr 2016 bezogen, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

a) Einzelmaßnahmen werden nur noch gefördert nach einschlägigen gesetzlichen Regelungen (insbesondere in den Bereichen Gebäudesanierung, Stadtsanierung, Verkehr/GVFG, Kinderbetreuung, Flüchtlingswohnraum, Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED).

b) Eine so genannte „freie Spitze“ zur Finanzierung von Investitionen war bisher nicht vorhanden. Auch im Ergebnishaushalt 2016 werden die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht übersteigen. Sonstige eigene Einnahmen beschränken sich im Wesentlichen auf mögliche Vermögensverwertungen (Grundstücksveräußerungserlöse) und erwartete Spendengelder.

c) Hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von Kreditaufnahmen werden durch das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsichtsbehörde (LAVA) Haushalt und die haushaltssubventionierte Sonderrechnung Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb zusammen betrachtet.

Die Basis für den genehmigungsfähigen Investitionskredit-Bedarf im Rahmen der Haushaltsgenehmigung bildet der aktuelle Krediterlass des Innenministers aus dem Jahr 2015.

Der genehmigungsfähige allgemeine Kreditrahmen der Stadt Ottweiler für das Haushaltsjahr 2016 wurde danach – in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt (LAVA) – auf insgesamt **582 T€** beziffert. Im Wirtschaftsplan der Sonderrechnung Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb ist für das Jahr 2016 keine Investitionskredit-Aufnahme vorgesehen, so dass der allgemeine Kreditrahmen 2016 in voller Höhe im Rahmen des Haushaltes in Anspruch genommen werden kann.

Im Bereich des **allgemeinen Kreditrahmens** wurden für das Haushaltsjahr 2016 Investitionskredite in Höhe von insgesamt **581 T€** eingeplant.

Die Veranschlagungen im Bereich des allgemeinen Kreditrahmens umfassen u.a. auch Maßnahmen im Rahmen des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG vom 24.06.2015). Maßnahmen nach den Regelungen des KInvFG können nach den derzeitigen Regelungen im Zeitraum 2015 bis 2018 bis zu einem Höchstbetrag mit 90 % bei einem Eigenanteil von 10 % gefördert werden. Der Höchstbetrag für die Stadt Ottweiler wurde auf 1.039 T€, die Zuschuss-Quote auf 935,1 T€ beziffert. Gefördert werden nach derzeitigem Kenntnisstand (der Erlass von entsprechenden Richtlinien durch das Land steht noch aus) insbesondere Maßnahmen im Bereich der energetischen Sanierung bzw. im Bereich der Fahrzeug-Neubeschaffung (Verbesserung der Abgas-Werte). Für das Jahr 2016 ist zunächst eine Ersatzbeschaffung für den von der gesamten Verwaltung genutzten Dienstwagen (lfd. Nr. 3 Anlage 1) sowie die Beschaffung eines Feuerwehr-Fahrzeuges für den Löschbezirk Ottweiler (lfd. Nr. 8 Anlage 1) vorgesehen. Als weitere Maßnahme in diesem Bereich ist die energetische Sanierung der Grundschule Lebesch einschließlich der Erneuerung der Heizungsanlagen im Schulgebäude, in der Turnhalle sowie im Hausmeister-Wohnhaus geplant – die Bezuschussung nach dem KInvFG ist für das Finanzplanungsjahr 2017 veranschlagt (lfd. Nr. 17, 18 und 19 Anlage 1).

Die Genehmigungsfähigkeit von **Sonderkredit**en für die Bereiche Kinderbetreuung in Höhe von **2,5 T€** und LED-Straßenbeleuchtung in Höhe von **156,5 T€** (lfd. Nr. 26 und 40 Anlage 1) wurde durch das LAVA ebenfalls bereits signalisiert.

Der **Gesamt-Betrag** der veranschlagten **Investitionskredite** beläuft sich somit auf **740 T€** und steht unter dem Vorbehalt der formalen Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt.

d) Die Zusammenstellung der Maßnahmen bei der Aufstellung des Investitionsprogrammes erfolgte einerseits unter der Beachtung von gesetzlichen Auflagen (z. B. Energie-Einsparverordnung / ENEV) sowie von sicherheitstechnischen Vorgaben. Andererseits fanden bereits gefasste Ratsbeschlüsse (z. B. Maßnahme „Zur Ring“, lfd. Nr. 42 Anlage 1) Berücksichtigung.

Der **vorgesehene Maßnahmenkatalog 2016** mit einem Volumen von 1.395.500 € enthält

• den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden -einschl.Stadtsan.-	=	56.000 €
• den Erwerb von bewegl. Vermögen	=	257.000 €
• Baumaßnahmen	=	872.000 €
• Anteile an Invest.Dritter/einschl.Invest.förd.	=	210.500 €

Die **angenommene Finanzierung** stellt sich wie folgt dar:

• Verkaufserlöse	=	51.000 € (insbes. Grundst.Stadtsan.u.- <u>allgemein</u>)
• Zuschüsse -insbesondere vom Land-	=	604.500 € (vgl. oben a und c)
• Kredite	=	740.000 € (vgl. oben c)

Die im Einzelnen für das Jahr 2016 vorgesehenen Maßnahmen einschl. Erläuterungen sind der als Anlage 2 beigefügten Aufstellung zu entnehmen.

Aus dem Katalog der im Entwurf des Investitionsprogramms enthaltenen wichtigen Maßnahmen, die in den kommenden Jahren realisiert werden müssen bzw. noch anstehen, wurde für das Haushaltsjahr 2016 seitens der Verwaltung wiederum eine Priorisierung hinsichtlich der Dringlichkeit vorgenommen – eine Notwendigkeit, die sich ergibt aus dem im Zusammenhang mit der Haushaltssanierung stehenden geringen Finanzierungsspielraum.

Der Ortsvorsteher erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Als Schwerpunkte seien der Ausbau der innerörtlichen Gehwege, der Einbau von Belüftungsanlagen in den Feuerwehrgerätehäusern aller Ortsteile und der unbedingt notwendige Ausbau der Landstraße zwischen Ottweiler und Mainzweiler zu sehen. Diese Maßnahme sei zwar erst für 2019 vorgesehen, ein Anfang sei durch die Aufnahme ins Inv.-Programm aber gemacht. Er erteilt Bauamtsleiter Gerhard Schmidt das Wort zu weiteren Erklärungen.

Herr Schmidt ergänzt die Ausführungen des Ortsvorstehers durch die für 2015 schon vorgesehene Sanierung der Heizungsanlage in der Turnhalle. Sie musste jedoch bis zur Entscheidung bzgl. des Nahwärmekonzepts zurückgestellt werden. Die Finanzlage der Stadt erfordere einen planvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und die Akquirierung von Zuschüssen. Andere Anschaffungen bzw. Maßnahmen seien für alle Ortsteile zusammen veranschlagt worden (Belüftungsanlagen für die Feuerwehrgerätehäuser, Urnenstelenanlagen etc.).

Herr Schmidt informiert die Ortsratsmitglieder darüber, dass der Auftrag für die Buswarte für die Haltestelle Stegbachstraße bestellt sei.

Momentan laufe die Mängelbeseitigung am Hauptsammler; die Kanalrohre seien verlegt, der Fußweg wurde instandgesetzt und der Sportplatz abgezogen. Vor dem Vereinsjubiläum des Sportvereins werde der Platz noch einmal vom Bauhof aufbereitet.

Seitens der Ortsratsmitglieder wird auf einige kleine Restarbeiten verwiesen (Böschung, Zufahrt und Rinne). Außerdem sollte auf dem Fußweg eine Drainageschicht (Splitt) aufgebracht werden und auf dem Sportplatz sollte die durch die schweren Fahrzeuge verursachte Bodenverdichtung geprüft werden.

Frau Wälder (SPD) bedauert, dass aufgrund der Arbeiten an dem Fußweg dieser gesperrt werden musste. Leider seien die Bürger hierüber nicht informiert worden. Sie bittet in ähnlichen Fällen darum, in der Ottweiler Zeitung darauf hinzuweisen.

Frau Herz von der Bauverwaltung erläutert die Finanzierung der auf der „Wunschliste“ aufgeführten Positionen. Einzelne Posten könnten bei den Unterhaltungsaufwendungen nicht finanziert werden. Sie müssten in das Investitionsprogramm aufgenommen werden z. B. die Fenstergitter am Feuerwehrgerätehaus, die Instandsetzung der Friedhofsmauer etc.

In Sachen der gewünschten Kühlkammer belegte sie anhand von Beerdigungszahlen, dass diese Anschaffung nicht sinnvoll sei. Das Aufpolieren der Plexiglasscheibe werde z. Z. geprüft, ebenso die defekte Lampenabdeckung. Statt der gewünschten Reinigung der Vorhänge werden neue Gardinen beschafft. Die Reparatur des Podests im Eingangsbereich werde wohl vom Bauhof übernommen. Zu einer eventuellen Sanierung der Friedhofsmauer teilt Frau Herz mit, dass in vergleichbaren Fällen auf anderen Friedhöfen die Sandsteinmauern nicht mehr saniert sondern durch einen Doppelstabmattenzaun ersetzt worden seien. Die vorgeschlagene Verlegung von Wegeplatten zu den Rasengräbern sei nicht vorgesehen, da dieser Ausbau nicht in der Friedhofssatzung enthalten sei.

Frau Wälder (SPD) bittet trotzdem nach Lösungsmöglichkeiten für die Begehung der Rasengräber zu suchen, die ohne hohe Kosten zu einer Verbesserung der jetzigen Situation führten.

Alle weiteren Themen (Turnhalle, Feuerwehrfahrzeug, mobile Lautsprecheranlage etc.) werden ausführlich beraten und alle Fragen seitens der Verwaltung detailliert beantwortet.

Herr Dörrenbächer (CDU) dankt der Verwaltung auch im Namen der Feuerwehr für die Finanzierung des Feuerwehrautos. Er bittet darum, die Schutzgitter für 2017 in das Inv.-Programm aufzunehmen.

Herr Machalitzky (CDU) ist der Meinung, dass sich die Ausarbeitung der Prioritätenliste bewährt habe. Er dankt der Verwaltung für die konsequente Abarbeitung der einzelnen Positionen und stimmt im Namen seiner Fraktion den örtlichen Ansätzen des vorgelegten Investitionsprogramms zu.

Herr Schmitt (CDU) betont, dass trotz geringer finanzieller Mittel durch Zuschüsse usw. relativ viel erreicht wurde. Viele Maßnahmen, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben durchgeführt werden müssen, blockierten die Behebung von vorhandenem Investitionsstau. Er ist der Auffassung, dass der Ortsteil Mainzweiler im vorgelegten Inv.-Plan ausreichend bedacht worden sei. Vor allem begrüßt er, dass Mittel für das Großprojekt der Verbindungsstraße Ottweiler/Mainzweiler für 2019 veranschlagt worden seien.

Beschluss:

Der Ortsrat Mainzweiler empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die örtlichen Ansätze des als *Anlage 1* beigefügten Investitionsprogrammes für die Jahre 2015 bis 2019 unter dem Vorbehalt der Genehmigungsfähigkeit des Gesamtbetrages der Investitionskredite im Volumen von 740.000 Euro zu beschließen.

TOP 3 Maßnahmen zur Straßeninstandsetzung

Der Ortsvorsteher dankt der Verwaltung für die Zusammenstellung des als *Anlage 2* beigefügten 5-Jahresplans zur Straßeninstandsetzung. Die Mitglieder des Orsrates haben am 01.03.2016 eine Begehung durch den Ort gemacht und vorhandene Straßenschäden notiert. Die beiden Listen stimmten in großen Teilen überein.

Herr Schmitt (CDU) ist der Meinung, dass die im Sandweg fehlende Mittelleitlinie nicht erneuert werden sollte, da sie nichts zur Verkehrssicherheit bebringe. Er hält die Breite der Straße für gefährlich und regt an, die Straße durch das Markieren von Parkbuchten optisch zu verschmälern. Seitens der Verwaltung will man diese Anregung prüfen.

Frau Wälder (SPD) schlägt vor, die Autofahrer in der Hauptstraße durch das Aufstellen einer Geschwindigkeitsanzeigetafel auf ihre aktuell gefahrene Geschwindigkeit aufmerksam zu machen.

Der Ortsvorsteher bittet darum, innerorts die „30-km-Markierungen“ neu aufzubringen. Sie seien größtenteils nicht mehr lesbar.

TOP 4 Farbgestaltung der Stützmauer Hauptstraße/Einmündung Stegbachstraße; Antrag der CDU-Fraktion

Der Ortsvorsteher erteilt Herrn Schmitt (CDU) das Wort.

Herr Schmitt ist der Meinung, dass die schmutzige Stützmauer entlang der Hauptstraße/Einmündung Stegbachstraße keine Werbung für den Ort darstelle. Nachdem der LfS einem Anstrich in Eigenregie zugestimmt habe, habe sich der CDU-Ortsverein bereiterklärt, die Arbeiten zu übernehmen. Die Finanzierung der Materialkosten sei noch zu klären. Aufgrund des CDU-Antrages (*Anlage 3*) sollte heute der Farbton festgelegt werden. Er schlägt einen hell- bis mittelgrauen Farbgebung vor.

Herr Keipert (SPD) ist zwar auch der Meinung, dass die Mauer gestrichen werden müsse, drückt jedoch sein Befremden darüber aus, dass der CDU-Ortsverein die Arbeiten im Alleingang übernehmen wolle. In allen diesbezüglich schon geführten Gesprächen (auch im Ortsrat) sei immer von einem gemeinsamen Projekt des Orsrates die Rede gewesen.

Herr Wagmann (SPD) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der sich auf der Mauer befindliche Jägerzaun in punkto Sicherheit unbedingt überprüft werden müsse.

Herr Keipert (SPD) stellt fest, dass die Verkehrssicherungspflicht beim Land (LfS) liege. Er hält den Jägerzaun für denkbar ungeeignet, da er von spielenden Kindern leicht überstiegen werden könne. Er ist auch der Meinung, dass die jetztige Höhe des Zaunes nicht mehr den Vorschriften entspreche.

Seitens der Verwaltung wird die Überprüfung und Mitteilung an den LfS zugesagt.

Bzgl. der Farbgestaltung der Mauer schlägt der Ortsvorsteher vor, die anwesenden Anwohner in die Auswahl mit einzubeziehen. Der von Herrn Machalitzky mitgebrachte Farbfächer wird den Anwohnern übergeben.

Beschluss:

Der Ortsrat Mainzweiler beschließt einstimmig, die Malerarbeiten gemeinsam durchzuführen und für die Farbfindung die Vorschläge der Anwohner mit einzubeziehen.

TOP 5 Erweiterung der Urnenstelenanlage auf dem Friedhof Mainzweiler; Antrag der CDU-Fraktion

Herr Dörrenbächer von der Antrag stellenden Fraktion CDU bezieht sich auf die im Investitionsprogramm eingestellten 65.000 Euro für die Erweiterungen der Urnenstelenanlagen auf den Friedhöfen in den Ortsteilen. Er beantragt im Namen seiner Fraktion, im Ortsteil Mainzweiler zeitnah die erforderlichen Maßnahmen zur Erweiterung der Stelenanlage zu ergreifen (*Antrag = Anlage 4*).

Frau Herz teilt seitens der Verwaltung mit, dass die Stelenanlage in Mainzweiler nach Genehmigung des Haushalts ähnlich der Anlage in Lautenbach um 10 Urnenkammern erweitert werden solle. Ein ortsansässiger Steinbildhauerbetrieb könne eine fast baugleiche Ausführung wie die bereits vorhandene Stelenanlage zu einem günstigeren Preis liefern.

Beschluss:

Der Ortsrat Mainzweiler bittet die Verwaltung einstimmig, zeitnah die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Urnenstelenanlage auf dem Friedhof in Mainzweiler wie vorgesehen erweitert wird.

TOP 6 Mitteilungen und Anfragen

**TOP 6.1 "Land(auf)Schwung" für die Zukunft in ländlichen Regionen
Vorlage: Amt 61/009/2016**

Sachverhalt:

Land(auf)Schwung ist ein Modellvorhaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Ziel des gesamten Vorhabens ist es, neue Lösungen für Herausforderungen ländlicher Räume in Deutschland zu entwickeln und zu erproben.

Der Kreis Neunkirchen zählt zu deutschlandweit 13 Modellregionen, die für den Zeitraum bis Mitte 2018 Fördermittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt bekommen.

Dieses Geld soll insbesondere dabei unterstützen, die Lebensqualität der Menschen in der Region trotz abnehmender Einwohnerzahlen langfristig zu sichern bzw. zu erhöhen und die regionale Wirtschaft zu stärken.

Unter dem Leitbild „Vitalregion-Bürgerlandkreis“ will der Landkreis Neunkirchen als Land(auf) Schwung Modellregion die Plattform für intensives Mitwirken aller unternehmerischer Menschen an der Zukunft des „Mitmachkreises“ aufbauen.

Als Zielvorstellung, um die Daseinsvorsorge sowie die Regionalwertschöpfung vor Ort zu stärken, sind folgend Schwerpunkte definiert:

- Leben, Wohnen, Arbeiten
- Aufbau von Wertschöpfungsnetzwerken durch die Aktivierung regionaler Ressourcen und unternehmerischer Menschen im Landkreis Neunkirchen

Die Erstinformation für Projektnehmer ist als Anlage beigefügt.

Die Verwaltung bittet die Ortsräte und den Bau- und Umweltausschuss um Beratung in den Fraktionen und um Formulierung von möglichen örtlichen Projekten.

Herr Gerhard Schmidt erläutert, dass es sich bei diesem Projekt um eine Maßnahme für den ländlichen Raum handle, durch die Bürger-, Vereins- und Kleinunternehmer-Projekte gefördert werden können. Anträge seien zu richten an:

Regionale Entwicklungsagentur Landkreis Neunkirchen, Am Bergwerk Reden 10, 66578 Schiffweiler, oder online an rea@aufschwung-nk.de. Weitere Informationen sind auf der Internetseite www.aufschwung-nk.de zu finden.

Frau Wälder (SPD) schlägt vor, einmal zu prüfen, inwieweit das Projekt „Gemeindehaus“ durch dieses Modell gefördert werden könne.

6.2. Herr Schmitt (CDU) bittet zu den folgenden drei Themen um Informationen zum Sachstand.

- a) Evangelisches Gemeindehaus (Vereinsgründung)
- b) Krippenplätze in Mainzweiler
- c) Flüchtlinge im Ort

Der Ortsvorsteher informiert zu

- a) dass in der nächsten Woche ein Beratungsgespräch mit einem Rechtsanwalt stattfinde, an dem sinnvollerweise auch ein Steuerberater teilnehmen sollte. Er beauftragt Herrn Schmitt, den entsprechenden Kontakt herzustellen.
- b) dass es bzgl. der Krippenplätze keine neuen Informationen gebe.
- c) dass z. Z. 18 Personen in Mainzweiler untergebracht seien. Es handle sich dabei um 3 Familien und einen größeren Familienverband. Die Asylsuchenden verfügten zum größten Teil über gute Ausbildungen. Fast alle Personen seien inzwischen als Flüchtlinge anerkannt, alle besuchten Deutschkurse unterschiedlicher Institutionen. Mehrere Personen haben aber schon signalisiert, dass sie Mainzweiler verlassen und zu Verwandten im übrigen Bundesgebiet übersiedeln möchten. Negative Vorfälle habe es s. W. noch nicht gegeben. Das Angebot an Wohnraum sei z. Z. gut, zumal durch den Wegzug wieder Wohnungen frei werden.

6.3.1. Herr Wagmann (SPD) bittet die Verwaltung zu prüfen, ob an der Alten Schule ein Parkverbotsschild mit dem Hinweis „Parken nur für Kursteilnehmer“ montiert werden könne (evtl. auch an einem Mast befestigt). Die wenigen dort vorhandenen Parkplätze seien ständig von Dauerparkern belegt.

6.3.2. Herr Wagmann (SPD) bittet um Prüfung, ob an den Treppenkanten der Außentreppe der Alten Schule zum besseren Erkennen reflektierende Streifen angebracht werden können. Die Lichtverhältnisse seien abends dort sehr schlecht.

6.4. Herr Dörrenbächer (CDU) dankt dem Bauhof für den im letzten Herbst durchgeführten radikalen Rückschnitt an der Mauer im Kreuzungsbereich Zur Linxbach/Langawann, auch im Namen der betroffenen Anwohner. Durch den Rückschnitt sei der von ihm schon gemeldete Schaden an der Mauer in Gänze sichtbar geworden. Es handle sich lediglich um 2 Pflanzringe, die getauscht werden müssten.

6.5. Herr Keipert (SPD) regt an, mit der Vorplatzgestaltung an der Alten Schule zu warten, bis der Brunnen dort abgerissen werde. Dann könne die Fläche um den Brunnen mit einbezogen werden.

TOP 7	Einwohnerfragestunde
--------------	-----------------------------

7.1. Herr Paul Dörrenbächer, Stegbachstr. 26, 66564 Ottweiler, bittet darum, die Außenlampe an der Alten Schule aus Kostengründen nachts auszuschalten, zumal die Nachbarn durch den Lichtschein geblendet werden. Außerdem sollte die Leuchte gedreht werden, damit nach unten die Treppe beleuchtet werde und nicht oben die Wand.

Herr Wagmann (SPD) hält es für sinnvoll, an dem Lichtschalter ein Hinweisschild anzubringen, da es sich um einen 2-Stufen-Schalter handle, der zum einen auf Dauerbetrieb und zum andern auf Bewegungsmelder geschaltet werden könne. Er vermutet, dass mit einem entsprechenden Hinweis die Beanstandung behoben werden könne.

7.2. Herr Machalitzky (CDU) schlägt vor, zukünftig die Einwohnerfragestunde vorzuziehen, damit die Besucher ihre Anliegen und Fragen vorbringen und dann nach Hause gehen könnten.

7.3. Frau Walgenbach teilt mit, dass sich die Anwohner auf die Farbtöne telegrau (Nr. 7004) oder signalgrau (Nr. 7045) aus dem vorgelegten Farbfächer für den Maueranstrich geeinigt hätten.

7.4. Die Anwohnerin Frau Rieke Caroli, Hauptstraße 30, 66564 Ottweiler, hält den Zaun auf der Mauer im Kreuzungsbereich Hauptstr./Stegbachstraße auch für instabil und gefährlich.

Die Sitzung endet um: 19:58 Uhr

Der Vorsitzende:
gez.

Die Schriftführerin:
gez.

(Udo Zägel)
Ortsvorsteher

(Christraud Parnisari)
Verw.-Angestellte